

## Stellungnahme

### **Gesetz zur Absenkung des Wahlalters für die Landtagswahl**

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt den Gesetzentwurf für ein „Gesetz zur Absenkung des Wahlalters für die Landtagswahl“ und die damit verbundene Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Aus Sicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. ist diese Absenkung ein wichtiger Beitrag, um die politische Beteiligung Jugendlicher zu verbessern.

Die unmittelbare Beteiligung junger Menschen an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratieerziehung. Kinder- und jugendgerechte Beteiligungsmodelle müssen, so die übereinstimmende Einschätzung aller Fachleute, junge Menschen bereits im Kindesalter an sie betreffenden politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben lassen. Mit zunehmendem Alter und wachsender persönlicher Reife muss der Grad der Beteiligung steigen, um junge Menschen so kontinuierlich in die demokratischen Prozesse zu integrieren.

Daraus ergeben sich nach Ansicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. auch gute Argumente für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die wir im Folgenden ausführen möchten.

### **Großes Interesse an Mitgestaltungsmöglichkeiten**

Junge Menschen haben ein großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten und wollen sich engagieren. Das 3. Freiwilligen-Survey kommt zu dem Ergebnis, dass 36% der 14- bis 19-Jährigen freiwillig engagiert sind<sup>1</sup>. Das hohe Engagement junger Menschen belegt deren Mitgestaltungswillen und ihr Interesse für gesellschaftliche Entwicklungen.

Dieses Interesse gilt auch für politische Prozesse. Laut aktueller Shell-Jugendstudie haben 41% der jungen Menschen Interesse an Politik – 2002 lag dieser Anteil noch bei 30%<sup>2</sup>. Auch die Bertelsmann Stiftung kommt in der Auswertung einer Befragung von 16.000 Jugendlichen von 12 bis 18 Jahren zu dem Ergebnis, dass fast 70 % der Jugendlichen der Meinung sind, dass junge Menschen in der Politik mehr zu sagen haben sollten und sogar 78 % zu mehr Mitwirkung bereit wären<sup>3</sup>.

- 
1. BMFSFJ (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligen-Surveys 2009, S. 149
  2. vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. 17. Shell-Jugendstudie, S. 158
  3. vgl.: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Junge Menschen wollen sich beteiligen; Gütersloh 2006, Seite 4

## Weitergehende Beteiligungsinstrumente notwendig

Dieses generelle Interesse junger Menschen, ihr Lebensumfeld mitzugestalten und sich zu engagieren, gilt auch für politische Handlungsfelder. Häufig empfinden sie dieses Engagement jedoch nicht als politisch: Zwar bringen sie ihre Meinung zum Ausdruck, tun dies aber nicht unbedingt über die „klassischen“ Wege der Beteiligung. Dieses generelle politische Interesse gilt es zu stärken, die Belange und Forderungen junger Menschen müssen ernst genommen und der politische Diskurs mit ihnen muss stärker gesucht werden. So schreibt die Bertelsmann Stiftung in der Studie „Wählen ab 16“: „Politisch interessierte Menschen gehen deutlich häufiger zur Wahl als politisch weniger Interessierte. Ob und wie stark sich jemand für Politik interessiert, ist eine der wichtigsten Erklärungen für die Häufigkeit und Stetigkeit seiner Wahlteilnahme. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Jüngeren: Das geringere Interesse der Erst- und Jungwähler erklärt auch ihre deutlich geringere Wahlteilnahme und das im weiteren Lebensverlauf zunehmende politische Interesse ist eine wichtige Erklärung für die im (Wahl-)Lebenszyklus deutlich steigende Wahlbeteiligung.“

Das politische Interesse der Erst- und Jungwähler ist damit eine wichtige Determinante und Stellschraube für die Häufigkeit und Stetigkeit ihrer Wahlteilnahme. Gelingt es, die jüngere Generation stärker für Politik zu interessieren, dann steigt auch ihre Wahlbeteiligung.“<sup>4</sup>

Nach Auffassung des Landesjugendrings wird seitens der politischen Mandatsträger-innen bislang nicht genug getan, die Belange junger Menschen ernst zu nehmen. So entsteht bei etlichen jungen Menschen der fatale Eindruck „Wenn sich Politiker-innen nicht für mich interessieren, warum soll ich mich dann für Politiker-innen interessieren?!“.

Bestätigt wird dies durch aktuelle Befragungen und Studien: So geben die befragten Jugendlichen den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten schlechte Noten. Laut der Studie „Junge Menschen wollen sich beteiligen“ der Bertelsmann Stiftung sehen nur 13,6 % der jungen Menschen bislang für sich die Möglichkeit, in ihrem Wohnort bei politischen Prozessen mitzuzentscheiden<sup>5</sup>. Ähnliche Ergebnisse gab es auch beim Onlinevoting „glüXtest“, der vom Landesjugendring Niedersachsen e.V. im Vorfeld der Kommunalwahl 2011 durchgeführt wurde und an dem sich etwa 5.000 junge Menschen beteiligt haben<sup>6</sup>. Auf die Frage „Wie beurteilst du die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen“ gab der überwiegende Teil der Befragten eine schlechte (Schul-)Note: Nur 15 % beurteilten die Beteiligungsmöglichkeiten in ihrem Wohnort mit „sehr gut“ oder „gut“, 26 % gaben „mangelhaft“ oder „ungenügend“. Noch schlechter sind die Noten auf die Frage „Wie stark werden deine Wünsche von Politikerinnen und Politikern in der Kommune ernst genommen?“: Nur knapp 12 % gaben eine Eins oder Zwei, 34,3 % hingegen eine Fünf oder Sechs.

---

4. Bertelsmann, Wählen ab 16, Seite 22

5. vgl.: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Junge Menschen wollen sich beteiligen; Gütersloh 2006, Seite 4

6. vgl. [www.neXVote.de](http://www.neXVote.de)

Diese Umfrageergebnisse machen deutlich, dass es zurzeit offenbar ein ernsthaftes Kommunikations- und Verständnisproblem zwischen Politiker-inne-n und Jugendlichen gibt. Politik jugendgerecht darzustellen und zu gestalten, muss - unabhängig von der Absenkung des Wahlalters - an Bedeutung gewinnen, will man die Demokratieerziehung stärken, bei jungen Menschen Vertrauen in die Demokratie und die Politik stärken und sie zu mündigen Bürger-inne-n erziehen. Die Absenkung des Wahlalters würde dazu führen, dass die Parteien und jede-r einzelne Politiker-in die jugendgerechte Informationsarbeit intensivieren und neue Zugänge entwickeln müssen, um diese Zielgruppe als Wähler-innen zu gewinnen.

Daher ist die Absenkung des Wahlalters ein geeignetes Instrument, um auf den verschiedenen politischen Ebenen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen auszubauen und Politik jugendgerechter zu vermitteln.

Dieses darf jedoch nicht das einzige Instrument sein. Notwendig ist es aus Sicht des Landesjugendrings, dass die Interessen junger Menschen bei allen politischen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind, gehört werden und eine ernsthafte Auseinandersetzung damit stattfindet, die für Jugendliche transparent und nachvollziehbar ist. Jugendbeteiligung mit den verschiedensten Methoden (Zukunftswerkstätten, Jugendforen, Befragungen...) muss fester Bestandteil in der politischen Beratungskultur in Niedersachsen werden. Außerdem müssen mehrere Anlässe für den jugendgerechten Dialog zwischen jungen Menschen und Politiker-inne-n geschaffen und jugendgerechte Politikinformationen (z.B. im Internet, Publikationen) ausgebaut und bislang nur im Vorfeld von Wahlen geförderte Angebote - wie die neXTvote-Aktionen - verstetigt und kontinuierlich gefördert werden; dies spielt auch im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Einführung eines „Jugend-Checks“ in Niedersachsen eine wichtige Rolle.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt es daher sehr, dass die politische Diskussion, wie junge Menschen besser und stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden können, in Niedersachsen in den letzten Jahren intensiviert wurde: Sei es der Entschließungsantrag „Partizipation von Jugendlichen in Niedersachsen fördern und ausbauen“ (SPD und Grüne), die Initiative für die Schaffung einer Kinderkommission (CDU) oder jetzt auch der Antrag auf Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen - die Initiativen zeigen, dass es einen breiten politischen Konsens gibt, dass junge Menschen stärker beteiligt werden sollen.

### **Bildungschancen durch Absenkung des Wahlalters**

Neben den Partizipationsinstrumenten gibt es weitere wichtige Säulen der überparteilichen jugendpolitischen Bildungsarbeit, die es insgesamt zu intensivieren gilt. Umfassend erreichen lassen sich Jugendliche vor allem auch durch Angebote an Schulen.

Die Bertelsmann-Studie „Wählen ab 16“ macht deutlich: „Besonders gering ist die Wahlbeteiligung bei Erst- und Jungwählern aus den sozial benachteiligten und bildungsferneren Milieus. Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung ist bei den Jüngeren noch ausgeprägter als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten.“<sup>7</sup>

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre eröffnet dafür neue Möglichkeiten: Die Wahlalter-Absenkung hätte zur Folge, dass zukünftig mehr Schüler-innen im Laufe des Schulbesuchs (wenn man die weiterführenden Schulen berücksichtigt) zum ersten Mal wählen gehen dürften. Dadurch böten sich auch für den Politikunterricht andere fachliche und didaktische Möglichkeiten, Wahlen und deren Bedeutung als Thema aufzugreifen. Der konkrete Anlass erhöht das Interesse der Schüler-innen, die Wahlmaterialien der Parteien und überparteiliche Aktionen (z.B. Wahl-O-Mat, neXTvote) ermöglichen eine aktive inhaltliche Auseinandersetzung und eröffnen die Chance, die persönliche Vorbereitung des Wahlgangs im Unterricht aufzugreifen.

Diesem Aspekt kommt vor dem Hintergrund des niedrigeren Politikinteresses in bildungsfernen Milieus eine zusätzliche Bedeutung zu: In bildungsfernen Schichten gibt es - unabhängig vom Alter der Person - ein deutlich geringeres Interesse an Politik und ein geringeres Vertrauen in die Demokratie<sup>8</sup>. Denn während viele Abiturient-inn-en im Laufe ihrer Schullaufbahn zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen dürfen und das Thema im Unterricht aufgegriffen werden kann, bietet sich diese Bildungschance für Haupt- und Realschüler-innen bislang kaum.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in ihrer Studie „Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten“ zu dem Ergebnis, dass es sich 56 % der unter 24-Jährigen vorstellen können, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen zu gehen. Der Prozentsatz liegt zwar über dem Durchschnitt (47 %), aber weit unter dem Satz anderer Gruppen (Arbeitslose [69 %], HartzIV-Haushalte [64 %], Arbeiter [57 %]). Dies macht deutlich, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen nicht in erster Linie mit dem Alter, sondern vor allem mit anderen Faktoren zusammenhängt (z.B. Vertrauen in Politik, Bildungsstand, soziale Lage). Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass Jüngere zwar keine auffällige Demokratiedistanz aufweisen, Nichtwählen aber trotzdem weit verbreitet sei. „Ganz offensichtlich gibt es für Jüngere keine »Norm«, keinen »Zwang« zum Wählen (ganz im Gegenteil zu älteren Befragten, insbesondere bei den über 65-Jährigen). Man nimmt sich vielmehr die Freiheit, nicht zu wählen. Es ist Aufgabe der Politik und der Parteien, sie davon zu überzeugen, dass Politik spannend sein kann und dass »Wählen gehen« einen Sinn für sie hat.“<sup>9</sup>

- 
7. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wählen ab 16, Gütersloh 2015, Seite 15
  8. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten; Berlin, 2008
  9. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten. Arbeitspapier; Berlin, 2008; Seite 12

Schule, Jugendverbände und andere Bildungsträger leisten mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag dazu, die gesellschaftliche Bedeutung der Wahlhandlung und die persönliche Relevanz der Entscheidung für den einzelnen jungen Menschen zu vermitteln und so dazu beizutragen, dass junge Menschen es „chic“ finden und sie es für sinnvoll erachten, wählen zu gehen. Dafür ist es notwendig, dass die erste Wahl zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem Jugendliche für diese Träger gut erreichbar sind - und das ist insbesondere das Jugendalter. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bertelsmann Stiftung: „»Wählen ab 16« ist kein Selbstläufer. Nur wenn es durch nachhaltige Aktivierungsmaßnahmen für die Jugendlichen begleitet wird, erhöht es die Erstwahlbeteiligung. Gelingt das, ist »Wählen ab 16« ein nachhaltiger Beitrag zur Steigerung auch der Gesamtwahlbeteiligung.

Die Erfahrungen mit »Wählen ab 16« in Österreich und in drei deutschen Bundesländern zeigen aber auch: »Wählen ab 16« ist kein Selbstläufer, sondern bedarf einer aktiven Begleitung in den Schulen, in den (sozialen) Medien und im sozialen Umfeld der Erstwähler. Die eigene Wahlteilnahme ist keine rein individuelle Entscheidung. Sie ist eine soziale Handlung. Ob jemand wählt, hängt davon ab, ob in seinem sozialen Umfeld über Politik gesprochen und gewählt wird. Die eigene politische Sozialisation bestimmt ganz wesentlich darüber, ob, wann und wie stabil sich die eigene Wahlgewohnheit ausbildet.“<sup>10</sup>

### **Politische Bildung als wichtiger Teil der Extremismus-Prävention**

Wesentlicher Bestandteil der Prävention gegen (politischen) Extremismus ist eine umfassende politische Bildung. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den zentralen Prinzipien der Demokratie, zu denen auch Wahlen gehören. Das Ziel von politischer Bildung muss es sein, Zusammenhänge im politischen Geschehen aufzuzeigen, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und zu stärken, demokratische Spielregeln zu verankern und dadurch zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiver Bürgerschaft, gesellschaftlicher Partizipation und politischer Beteiligung beizutragen.

Eine so verstandene politische Bildung ist Aufgabe der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, der nonformellen und formellen Bildungseinrichtungen und weiterer staatlicher Organisationen. Dabei kommt der Partizipation eine wichtige Funktion in der politischen Bildung zu: Durch das eigene Tun findet eine sehr viel ausgeprägtere Form der politischen Bildung statt. Die Jugendverbände in Niedersachsen tragen - ebenso wie andere Träger der Jugendarbeit - maßgeblich dazu bei, junge Menschen politisch zu bilden, sie an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und Lust auf politische Partizipation zu machen.

Neben dem Erlernen von demokratischen Spielregeln und Wahlhandlungen geht es auch darum, junge Menschen bei ihrer Urteilsfindung hinsichtlich der Aussagen und Forderungen der Parteien zu unterstützen und ihre Kritikfähigkeit zu stärken. Der Politikunterricht bietet,

---

10. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wählen ab 16, Gütersloh 2015, Seite 24

ebenso wie außerschulische Bildungsorte - insbesondere im Vorfeld von Wahlen dafür gute Anknüpfungspunkte.

### **Wahlalterabsenkung als Instrument der Generationengerechtigkeit**

Auch unter Gesichtspunkten der Generationengerechtigkeit kommt der Absenkung des Wahlalters eine zentrale Bedeutung zu. Der demografische Wandel führt dazu, dass die/der durchschnittliche Wähler-in zurzeit immer älter wird. Infolgedessen orientiert sich auch die Politik vor allem an den Interessen der Hauptzielgruppe. Dies führt dazu, dass den spezifischen Interessen und Forderungen junger Menschen seitens der Politik zu wenig Gewicht beigemessen wird. So heißt es in den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union vom 25.05.2007, „dass angesichts des in allen Mitgliedstaaten erkennbaren demografischen Wandels [...] eine sektorübergreifende Strategie immer dringender erforderlich ist, um eine generationen-gerechte und nachhaltige Politik zu entwickeln, durch die sowohl die Möglichkeiten als auch die notwendigen Belastungen gleichmäßig auf alle Altersgruppen verteilt werden und durch die die jungen Menschen einen ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entsprechenden Grad an Selbständigkeit erlangen können.“<sup>11</sup>

Diese Einschätzung teilen Politiker-innen aller Parteien und sie führte u.a. zu einem fraktionsübergreifenden Antrag im Deutschen Bundestag. In dem Antrag heißt es unter anderem: „Die Demokratie in Deutschland steht vor einer ungewöhnlichen Herausforderung, zugleich vor einer Bewährungsprobe. Der technische Fortschritt verlangt Entscheidungen, etwa Eingriffe in die Umwelt, die immer weiter in die Zukunft hineinragen und damit Rechte und Interessen nachrückender Generationen berühren. Weil der Anteil älterer Menschen immer mehr zunimmt, gerät das politische Zahlenverhältnis aus dem Gleichgewicht, die Anliegen jüngerer Generationen werden aus dem politischen Handlungsfeld fast zwangsläufig verdrängt.“<sup>12</sup> Und in einem anderen Antrag wird in der Begründung ausgeführt: „Unsere Gesellschaft verschiebt finanzielle, soziale und viele andere Lasten in die Zukunft und raubt so den künftigen Generationen ihre Zukunftschancen. [...] Aufzuheben ist dieser Mangel im politischen System nur durch die Ausweitung der politischen Repräsentation auf die junge Generation, der diese bislang vorenthalten bleibt.“<sup>13</sup>

Durch das Altern der Gesellschaft droht die Bedeutung der Kinder- und Jugendpolitik schwächer zu werden. Eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft muss aber die Interessen der nachwachsenden Generationen verstärkt in den Blick nehmen. Die Absenkung des Wahlalters wird - so hoffen wir - dazu beitragen, dass die Interessen junger Menschen, weil diese dann Wähler-innen sind, stärker von der Politik berücksichtigt werden.

---

11. Amtsblatt der Europäischen Union C 314/24 vom 22.12.2007  
12. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9868  
13. Deutscher Bundestag, Drucksache 15/1544

## Entwicklungspsychologische Faktoren

Die Lebenssituation Jugendlicher hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung und Pluralisierung von Lebensverhältnissen stark verändert und zu einer sehr viel stärkeren Selbstständigkeit junger Menschen geführt<sup>14</sup>:

- Bereits mit zwölf bis dreizehn Jahren beginnt die Ablösung der Jugendlichen vom Elternhaus und steigt im Gegenzug der Einfluss der Gleichaltrigengruppe<sup>15</sup>.
- Schule hat an Bedeutung zugenommen - Jugendliche verbringen mehr Zeit in der Schule und ihre persönliche Verantwortung für die eigene Schullaufbahn und damit einhergehend die Verantwortung für die eigene Lebensplanung ist stetig gewachsen<sup>16</sup>.
- Im Konsumbereich haben Jugendliche fast die gleiche Selbstständigkeit erlangt wie Erwachsene; sie treffen weitreichende Kaufentscheidungen und werden von der Wirtschaft als eigene Zielgruppe umworben.

Möglich ist dies nur, so Prof. Klaus Hurrelmann, weil bereits „mit etwa zwölf Jahren [...] eine stabile intellektuelle Basis erreicht, [und] auch eine grundsätzliche soziale und moralische Urteilsfähigkeit [...] gegeben [ist]“<sup>17</sup>. Diese ermöglicht es, so Hurrelmann weiter, „politische Urteile zu treffen; es wäre auch möglich, sich an Wahlen zu beteiligen.“<sup>18</sup> Und auch Dr. Friederike Hoepner-Stamos führt aus, dass „empirische Untersuchungen belegen, dass Jugendliche bereits etwa ab dem 15. Lebensjahr in der Lage sind, formal-logische Denkopoperationen durchzuführen. Dies ist die höchste Stufe der kognitiven Entwicklung, auch Erwachsene erreichen also in Bezug auf diese Dimension kein höheres Niveau.“<sup>19</sup>

Die Politik hat dieser allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung an anderer Stelle Rechnung getragen bzw. forciert durch Veränderungen im Bildungssystem diese Entwicklung weiter. So wurde das Jugendschutzgesetz angepasst und Jugendlichen ab 14 Jahren wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich bis 23 Uhr alleine in Diskotheken und Gaststätten aufzuhalten.

Durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre wird die Eigenverantwortung der Jugendlichen noch einmal erhöht - wesentliche Entscheidungen über die weitere Lebensplanung sind dann von nahezu allen Jugendlichen vor dem Eintritt in die Volljährigkeit zu treffen (Wahl des Ausbildungsplatzes, Studienfachs...).

---

14. vgl. Ingrid Burdewick: Jugend - Politik - Anerkennung; Bonn 2003, Seite 22ff.

15. vgl. Oerter/Dreher: Jugendalter. In: Oerter/Montada (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch, Weinheim 1995, Seite 369dd.)

16. vgl. Klaus-Jürgen Tillmann: Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung; Reinbeck bei Hamburg 1995, Seite 193ff.

17. Bayerischer Jugendring (Hrsg.): „Wählen ab 14!“, München 2006

18. Bayerischer Jugendring (Hrsg.): „Wählen ab 14!“, München 2006

19. Landeschülervertretung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): „Wahlalter 0-99?!“

Jungen Menschen wird also seitens der Politik sehr wohl zugestanden, dass sie in der Lage sind, eigenständig und verantwortlich wichtige Entscheidungen zu treffen; eine logische Konsequenz ist daher die Absenkung des Wahlalters.

### **Positive Erfahrungen mit dem Wahlalter 16**

Die Erfahrungen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sind als positiv zu betrachten. „Erste Befürchtungen, die Jugendlichen könnten desinteressiert sein oder extreme Positionen/Parteien wählen, wurden durch die Analysen verschiedener Wahlergebnisse widerlegt. Auch wenn die Wahlbeteiligung der jugendlichen Wähler-innen in der Regel leicht unter der Gesamtwahlbeteiligung lag, so zeigte die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen im Allgemeinen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als die Gruppe der jungen Erwachsenen.“<sup>20</sup>

Und die Bertelsmann-Stiftung führt dazu aus: „Die Wahlbeteiligung der unter 21-Jährigen lag bei der Bundestagswahl 2013 bei 64,2 Prozent. Damit lag die Erstwahlbeteiligung zwar um sieben Prozentpunkte unterhalb der durchschnittlichen Gesamtwahlbeteiligung (71,5 Prozent), jedoch gleichzeitig um knapp drei Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung der 21- bis 29-jährigen Zweit- und Drittwähler. In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen stieg die Wahlbeteiligung dann zwar auf 67,0 Prozent an, blieb aber noch immer unterdurchschnittlich. Erst in der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen lag die Wahlbeteiligung mit 73,7 Prozent erstmals oberhalb der durchschnittlichen Gesamtwahlbeteiligung, um dann bis zur Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen bis auf knapp 80 Prozent anzusteigen. Bei den über 70-Jährigen ging die Wahlbeteiligung dann wieder leicht zurück, blieb aber mit 74,8 Prozent überdurchschnittlich.“<sup>21</sup> Weiter heißt es dort: „In Österreich und in drei deutschen Bundesländern, Bremen, Brandenburg und Hamburg, wurde das Mindestwahlalter bereits auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Erfahrungen dabei zeigen: Viele der gängigen Vorurteile gegen eine Herabsetzung des Wahlalters erweisen sich als Mythen. Die Jugendlichen interessieren sich für Politik, wollen wählen, können auch wählen und sind durch gezielte Begleitmaßnahmen aktivierbar. Die Erfahrungen zeigen aber auch: Zur nachhaltigen Steigerung der Erstwählerbeteiligung bedarf es einer langfristigen Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen bei ihrer politischen Sozialisation - in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld [...]“<sup>22</sup>

Diese Zahlen untermauern die Einschätzung, dass junge Menschen sich sehr wohl der politischen Bedeutung von Wahlen bewusst sind und daran teilnehmen wollen. Die positiven Erfahrungen hat Österreich zum Anlass genommen, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken.

- 
20. Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.)/Ulf Schlossbauer: „Partizipationschancen erhöhen durch Wahlrechtsänderung?“, Seite 5
  21. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wählen ab 16, Gütersloh 2015, Seite 15
  22. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wählen ab 16, Gütersloh 2015, Seite 26



## Fazit

Die Erfahrungen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen und die Fachdiskussion über eine weitergehende Absenkung sowie die positiven Erfahrungen aus anderen Bundesländern machen deutlich, dass eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auch in Niedersachsen sehr sinnvoll ist und einen wichtigen Beitrag zu mehr Beteiligung junger Menschen darstellt.

Die Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation macht, wie wir ausgeführt haben, deutlich, dass

- eine Intensivierung der politischen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für junge Menschen auf allen politischen Ebenen in Niedersachsen dringend notwendig ist und von den Jugendlichen eingefordert wird.
- eine Absenkung des Wahlalters die Möglichkeit bietet, Demokratieerziehung stärker und besser in der schulischen und außerschulischen Bildung zu verankern, und insbesondere auch Haupt- und Realschülerinnen besser erreicht werden können.
- Jugendliche über die psychologische Reife verfügen, vom Wahlrecht verantwortungsbewusst Gebrauch zu machen.
- die Absenkung des Wahlalters durch die demografische Entwicklung in Niedersachsen zusätzliche Bedeutung erlangt: Damit die Interessen junger Menschen zukünftig in der Politik angemessen berücksichtigt werden, ist eine solche Absenkung wünschenswert.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt daher die Gesetzesinitiative und fordert alle Fraktionen zur Zustimmung auf.

Zugleich ist aus Sicht des Landesjugendring Niedersachsen e.V. „festzustellen, dass die Wahlbeteiligung an bestimmte Bedingungen gebunden sind: „So braucht es zum Beispiel breit gestreute jugendgerechte Informationen und viel Transparenz im Wahlprozess. Die Herabsetzung des Wahlalters allein reicht nicht aus, um Jugendliche für politische Prozesse zu begeistern und zu motivieren, eine Wahlrechtsänderung erzeugt nicht automatisch Interesse am politischen (Parteien-) System. Zusätzlich zur Herabsetzung des Wahlalters müssen ergänzend und unterstützend Zugänge zur Wahl und zur Politik eröffnet werden.“<sup>23</sup>

Mit den parteipolitisch neutralen Informationskampagnen „neXTvote“ zu den Wahlen in Niedersachsen haben der Landesjugendring Niedersachsen e.V. und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände im Zusammenspiel mit anderen freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit die Wahlen jugendgerecht aufbereitet. Gerne ist der Landesjugendring Niedersachsen e.V. auch zukünftig zu einem solchen Engagement bereit.

Hannover, 05.04.2016

---

23. Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.)/Ulf Schlossbauer: „Partizipationschancen erhöhen durch Wahlrechtsänderung?“, Seite 6